

Universitätsstadt Tübingen
Büro des Oberbürgermeisters
Wilfried Raiser, Telefon: 07071-204-1310
Gesch. Z.: BOB/

Vorlage 531a/2014
Datum 05.11.2014

Berichtsvorlage

zur Behandlung im **Verwaltungsausschuss**

Betreff: **Interkommunale Einkaufskooperation -
Postdienstleitungen**
Bezug: Vorlage 224/2014 und 384/2014
Anlagen: 0

Bericht:

1. Anlass / Problemstellung

Die LINKE Fraktion hat den Antrag gestellt, dass die Universitätsstadt Tübingen aus der Interkommunalen Einkaufskooperation (IKO) spätestens 2015 aussteigt. Die Firma sMAIL soll keinen Zuschlag mehr erhalten.

2. Sachstand

In den Sitzungen des Ausschusses für Wirtschaft, Finanzen, Verwaltung, Energie und Umwelt hat am 06.12.2012 die Verwaltung und am 15.07.2013 hat die Firma sMAIL u. a. zu den Fragen der Fraktion LINKE ausführlich Stellung bezogen.

Bei der Abgabe ihres Angebots legte die Firma sMAIL zudem, wie gefordert, u.a. auch Nachweise über die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen zum Mindestlohn, die Mitarbeiterstruktur und zu den Betriebsabläufen vor.

Bei diesem Leistungsumfang ist eine Ausschreibung notwendig. Rechtlich zwingend vorausgesetzt ist eine Gewichtung von über 50 % des wirtschaftlichen Werts. Bei dieser Ausschreibung wurden neben den wirtschaftlichen Aspekten auch soziale und andere Aspekte berücksichtigt. Die Ausschreibungskriterien stehen in folgendem Verhältnis.

- Preis (Gewichtung zu 55%)
- Betriebsablauf (Gewichtung zu 15%)
- Qualitätsmanagement (Gewichtung zu 10%)
- Umwelt (Gewichtung zu 10%)
- Tariflohn/Mindestlohn (Gewichtung zu 10%)

Die Ausschreibung ist erfolgt. Die Angebote liegen vor, sind geprüft und bewertet. Der rechtliche Rahmen lässt keinen Spielraum, es muss dem wirtschaftlichsten Angebot der Zuschlag erteilt werden.

3. Vorgehen der Verwaltung

Die Verwaltung schlägt vor, wie in der Vorlage 384/2014 beantragt, der Firma sMAIL den Zuschlag zu erteilen.

4. Lösungsvarianten

Ein Ausstieg aus der Interkommunalen Einkaufsgemeinschaft bei den Postdienstleistungen hätte eine eigene Ausschreibung zur Folge. Im Ergebnis würde es voraussichtlich bei denselben Bietern bleiben, jedoch müsste von erhöhten Preisen ausgegangen werden. Außerdem wäre mit Schadensersatzforderung zu rechnen.

5. Finanzielle Auswirkungen

Der Unterschied zwischen dem Angebot der Firma sMAIL und den marktüblichen Preisen der deutschen Post AG beträgt mindestens 60.000 €.

6. Anlagen